

Oberschlesier!

Das Schicksal Oberschlesiens liegt in den Händen seiner Bevölkerung und die überwiegende Mehrheit dieser Bevölkerung wünscht den Anschluß an Polen. Oberschlesische Brüder, wollt Ihr Euch mit Euren Stimmen dem Willen der ansässigen Bevölkerung entgegenstellen? Tuet es nicht — es liegt weder im Interesse der ansässigen Bevölkerung, noch in Eurem Interesse! Sicherlich ist die Anhänglichkeit an Eure Heimat in Euch noch nicht erloschen. Mancher von Euch wünscht zurückzukehren, um sich für ständig hier niederzulassen.

Dies kann nur dann geschehen, wenn Oberschlesien mit Polen vereint wird. Ihr wißt, daß in Deutschland 10 Millionen Menschen zu viel wohnen, daß daher in Oberschlesien, wenn es bei Deutschland bliebe, die einheimische Bevölkerung verdrängt würde und an ihre Stelle reichsdeutsche Kolonisten kämen. Ihr seid polnischer Abstammung, Ihr trägt polnische Namen, Euch wird der Preuze Oberschlesien für immer versperren!

Ein Weg steht Euch nur offen, um Euch vor den deutschen Steuern, von der wirtschaftlichen Erschöpfung, der Not und dem Hunger zu retten. Dieser Weg ist:

Oberschlesiens Anschluß an Polen!

Wenn Ihr aus Deutschland nach dem mit der Republik Polen vereinten Oberschlesien zurückkehrt und Euch hier niederlasset, werdet Ihr die Fesseln zerreißen, die Euch an Deutschland fetten und Euch von all den Lasten befreien, welche der Versailler Friedensvertrag den Deutschen auferlegt.

Behaltet die Augen offen und tuet das, was Euch das Interesse Oberschlesiens, sowie Euer und Eurer Familien Interesse zu tun gebietet.

**In Polen erwartet Euch Freiheit und Wohlstand —
In Deutschland Knechtschaft und Elend!**

Beuthen, im März 1921.

Wojciech Korfanty.

Brauchen und dürfen wir auf unsere Ostmarken verzichten?

Nein! Niemals! Unter keinen Umständen! Warum nicht?

I. Wir besitzen ein historisches und moralisches Recht auf die Ostmarken, denn:

1. Sie sind vor der Einwanderung der Polen von **germanischen Stämmen** bewohnt gewesen;
2. nach der Besitzergreifung durch die Polen sind sie von den durch diese selbst ins Land gerufenen **deutschen Bauern und Bürgern** seit 8 Jahrhunderten in **friedlicher Arbeit der deutschen Kultur** erschlossen worden;
3. nach ihrer **Eingliederung in den preußischen Staat** 1772 und 1793 **verdanken sie** ihren gegenüber Galizien und Russisch-Polen unvergleichlichen **kulturellen Aufstieg der Fürsorge des preußischen Staates**. Alle **kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften** waren stets und sind noch heute **nur deutsch**. Eine polnische Kultur hat es dort nie gegeben.

II. Nach den Wilson'schen Thesen braucht kein Fußbreit unserer Ostmark an Polen abgetreten zu werden, denn:

1. es gibt **keinen einzigen unzweifelhaft polnischen Kreis** in der Ostmark; wenn die Polen auch in manchen Kreisen, namentlich des Reg.-Bez. Posen die rein zahlenmäßige Überlegenheit besitzen, so **überwiegen die Deutschen im Grundbesitz, steuerlicher und wirtschaftlicher Leistung**;
2. Deutsche und Polen wohnen so durcheinandergemengt, dass es nicht möglich ist, eine reinliche Scheidung nach Nationalitäten durchzuführen; nach Wilson dürfen aber "**Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere, wie Steine in einem Spiel, herumgeschoben werden.**"

III. Die Ostmarken sind als landwirtschaftliches Überschussgebiet für Deutschland unentbehrlich, denn:

1. die **Hälfte unserer Brotration** stammt aus den Ostmarken;
2. die **Hälfte unserer Kartoffelration** verdanken wir der ostmärkischen Landwirtschaft. **Der dauernde Verlust der Ostmarken bedeutet daher für Deutschland die dauernde Hungersnot!**
3. Oberschlesien fördert **1/4 unserer gesamten Kohlen**;
4. Posen bildet die unbedingt notwendige **Verbindungsbrücke zwischen Schlesien und Ostpreußen**;
5. die Preisgabe der Ostmarken bedeutet die **Verlegung der strategischen Grenze an die Oder**. Berlin, die Reichshauptstadt, würde somit unter **polnischem Geschützfeuer** liegen.

Darum können und müssen die Ostmarken unbedingt beim Deutschen Reich verbleiben!

In dieser Forderung sind alle Deutschen ohne Unterschied der Partei einig.